

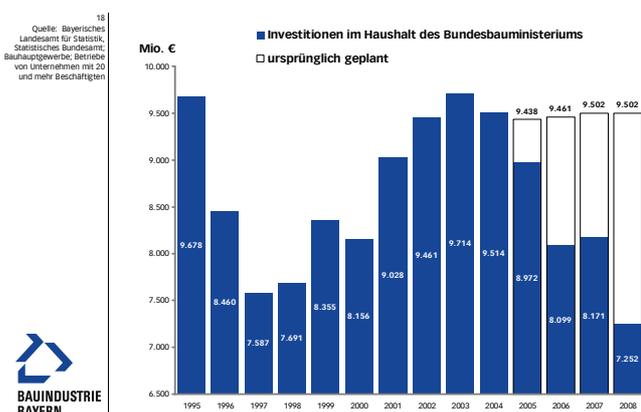
**Gerhard Hess:  
Wir brauchen ein nachhaltiges Verkehrsinfrastrukturprogramm – keine  
Stop-and-go-Politik als Wahlkampfhilfe**

München, 22. April 2005  
**3 / 05**

(bbiv) München. „Das 2 Mrd. Euro-Verkehrsprogramm der Bundesregierung ist zwar für die Bauwirtschaft besser als nichts, aber im Kern ist es eine Mogelpackung“, kommentiert Rechtsanwalt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, heute in München die neue Aktion der Bundesregierung, kurz vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen Geld für die Infrastruktur vorzusehen.

Hess kritisiert, dass diese Mittel weder im Bundeshaushalt solide finanziert seien, noch seien es „zusätzliche“ Mittel. Hess: „Im Gegenteil, von den Kürzungen im letzten Jahr in Höhe von 5,4 Mrd. Euro wird nicht einmal die Hälfte jetzt wieder rückgängig gemacht.“

**Bundesbauetat um 5,4 Mrd. € gekürzt – jetzt  
sollen wieder 2 Mrd. € hinzukommen**



Aus bayerischer Sicht kritisiert Hess, dass die Mittelaufteilung keine Rücksicht nimmt auf die besondere Lage des Freistaats als Tor zu den EU-Erweiterungsländern. Hess: „Dahinter steckt kein Konzept zum nachhaltigen Ausbau unserer Verkehrsachsen. Wir brauchen jetzt doch die Ergänzung unserer ausgebauten Süd-Nord-Linien durch leistungsfähige Ost-West-Achsen. Bayern ist jetzt das Verkehrsdrehkreuz in Europa. Dafür muss man investieren – und zwar nachhaltig.“

Infrastrukturpolitik muss für den Bund wieder zu einem Vorrang- und Dauerthema werden. Hess: „Nur so können wir auch wirksam etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit erreichen. Und vor allem bauen wir die Basis für den künftigen Wohlstand.“